

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Kerstin Schreyer-Stäblein

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Thorsten Glauber

Abg. Kerstin Celina

Abg. Joachim Unterländer

Abg. Bernhard Roos

Abg. Karl Straub

Abg. Dr. Harald Schwartz

Staatsministerin Emilia Müller

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir beginnen jetzt mit unserer Arbeit, und ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der CSU-Fraktion

"Ja zum Mindestlohn - Nein zu Bürokratie!"

Ich eröffne die Aussprache und darf als Erster Frau Kollegin Schreyer-Stäblein für die CSU-Fraktion das Wort erteilen. Die Redezeit beträgt zehn Minuten. Frau Kollegin, bitte schön.

Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer wie ich gerade vorhin auf der Herfahrt B 5 akutell gehört hat, musste hören, dass Siemens in Deutschland 2.200 Arbeitsplätze abbaut.

(Bernhard Roos (SPD): Wegen dem Mindestlohn!)

Die Begründung dafür war, dass man die Arbeitsplätze wegen der Bürokratie neu ausrichten muss.

(Volkmar Halbleib (SPD): Siemens und der Mindestlohn? – Blöder geht es nicht!)

Deshalb haben wir heute als Thema der Aktuellen Stunde "Ja zum Mindestlohn – Nein zu Bürokratie!" gewählt.

(Beifall bei der CSU)

Die CSU-Fraktion wird sich natürlich an den Koalitionsvertrag halten, und dort haben wir die 8,50 Euro als Mindestlohn vorgesehen. Deutschland geht es gut, Bayern geht es gut, und bei uns soll keiner auf der Strecke bleiben. Das bedeutet: Wer 40 Stunden in der Woche arbeitet, muss von dem Lohn auch leben können. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

Das Problem, das uns beschrieben wird, ist nicht der Mindestlohn, sondern sind die Ausführungsbestimmungen. Die CSU-Fraktion sagt deshalb Nein zur Bürokratie. Wir

werden weiterhin dafür kämpfen, dass Bürokratie abgebaut wird und die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer ihre Aufgaben wahrnehmen können, ohne dass sie von der Politik behindert werden.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme aus dem Landkreis München, in dem vermutlich schon vor der Festlegung des gesetzlichen Mindestlohns kein einziger Inhaber eines Arbeitsplatzes weniger als 8,50 Euro Stundenlohn erhalten hatte. Insoweit hat sich keine Verbesserung ergeben. Gleichwohl weiß ich, dass dem nicht überall so ist. Deswegen habe ich den Ansatz, einen Mindestlohn von 8,50 Euro festzulegen, durchaus gut verstanden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aber es soll nicht kontrolliert werden?)

Wir waren vorgestern beim Parlamentarischen Abend des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA zu Gast. Dort wurde demonstriert; 5000 Menschen waren auf der Straße. Das können logischerweise nicht nur Arbeitgeber gewesen sein, die es satt haben, von der Bürokratie so gegängelt zu werden, dass sie das, was sie gern tun möchten, nicht tun können. Auch Arbeitnehmer waren auf der Straße, da letztlich auch sie unter der Bürokratie leiden.

Wir müssen uns auch in Bezug auf diese Frage entscheiden, ob wir Arbeitgebern und Arbeitnehmern grundsätzlich vertrauen oder grundsätzlich misstrauen wollen. Wir können stolz darauf sein, dass so viele Menschen ein Unternehmen gründen, Arbeitsplätze zur Verfügung stellen und junge Menschen ausbilden. Oft bringen sich diese Unternehmer auch in das kommunale Leben intensiv ein.

Wir wissen, dass wir in Bayern gegenwärtig nahezu Vollbeschäftigung haben. Daher kann es sich kein Arbeitgeber leisten, seine Arbeitnehmer zu gängeln. Er muss seine Arbeitsplätze zu solchen Konditionen anbieten, dass er die richtigen Arbeitnehmer für die Stellen findet.

Ein Unternehmer ist es gewohnt, Herausforderungen anzugehen. Aber dieses Mindestlohngesetz – genauer: dessen Umsetzung – hat nichts mit einer Herausforderung, sondern eher etwas mit einer Zumutung zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Ein großes Unternehmen kann das durchaus schultern. Es schafft eine spezielle Abteilung, es hat seine Juristen und wird die Hürden meistern. Die wirklichen Probleme haben kleine Unternehmen, zum Beispiel der Bäcker, der seine Semmeln ausfahren lässt, der Hotelier oder der Kellner, der bei Bedarf eingesetzt wird. Wir müssen uns um die Probleme auch dieser kleinen Unternehmen kümmern und überlegen, wie wir ihnen gerecht werden können.

Die Universität Eichstätt-Ingolstadt hat herausgefunden, dass im Hotel- und Gaststättengewerbe jährlich 500 Betriebe – 500 Betriebe! – wegen bürokratischer Hürden schließen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wegen des Mindestlohnes, der seit drei Monaten gilt?)

– Hören Sie doch einfach zu; vielleicht verstehen Sie es dann auch. Ich gebe die Hoffnung nicht auf.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihre Argumente werden immer absurder, je länger die Rede dauert!)

Sie sollten sich fragen, welches Bild Sie von einem Unternehmer haben. Insofern sind die Ausführungsbestimmungen zum Mindestlohngesetz erhellend. Frau Nahles behauptet, die gesetzlich normierte Dokumentationspflicht sei etwas Wunderbares, und die Ausführung funktioniere auch sehr gut. Angesichts dessen wiederhole ich die Frage: Welches Bild hat die SPD von Unternehmern? Ist das eine Verbrecherbande, eine Gruppe von Menschen, die etwas zerstört? Oder sind das Menschen, die den Mut haben, einen Betrieb aufzubauen und Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen?

(Beifall bei der CSU)

Man erkennt an den Ausführungsbestimmungen zum Mindestlohngesetz die sozialdemokratische Haltung zu Unternehmern. So werden wir es jedenfalls nicht schaffen, junge Menschen dazu zu bringen, ein Unternehmen zu gründen. Wir müssen uns überlegen, wie wir in Deutschland mit Unternehmern umgehen wollen. Wir haben eine aktive Start-up-Szene, die die Wirtschaft beflügelt. Jeder, der ehrlich ist, wird sagen, dass wir darüber froh sein können. Wenn wir uns das Weltranking anschauen, stellen wir fest, dass wir hinter den Spitzenstandorten in Europa, zum Beispiel Dänemark, Schweden, Großbritannien und Finnland, nur auf Platz 14 liegen. Angesichts dessen müssen wir uns überlegen, wie wir Bürokratie abbauen können, aber nicht, wie wir Bürokratie aufbauen können. Wir haben die Frage zu beantworten, welche Rahmenbedingungen wir der Wirtschaft setzen wollen.

In der Folge des Mindestlohngesetzes entstehen 1.600 neue Beamtenstellen, um die Zahlung des Mindestlohns zu kontrollieren. Ich wiederhole: 1.600 Beamtenstellen! Wenn ich sehe, dass auf der anderen Seite 200.000 Anträge von Asylbewerbern nicht bearbeitet werden können, weil dafür keine Beamten zur Verfügung stehen, dann frage ich mich, ob insoweit ein Gleichgewicht besteht.

(Beifall bei der CSU)

Die Asylbewerber warten darauf, dass ihr Antrag beschieden wird. Sie wollen Sicherheit, in welche Richtung ihr Lebensweg führt. Stattdessen kontrollieren wir mit zusätzlichen Beamten lieber Unternehmen, ob sie die Zahlung des Mindestlohns richtig aufschreiben.

(Zuruf von der SPD: Das ist doch so gar nicht wahr!)

Die Einhaltung sonstiger Regelungen, etwa zu den Pausenzeiten oder zum Mindesturlaub, wird doch auch nicht kontrolliert.

(Volkmar Halbleib (SPD): Natürlich wird das kontrolliert! Sie haben keine Ahnung, Frau Kollegin! Das macht die Gewerbeaufsicht!)

Wir erwecken den Eindruck, jeder Arbeitnehmer müsse sein Recht einklagen, das heißt, den Klageweg beschreiten. Man kann sich mit dem Ansatz, die Einhaltung des Mindestlohns zu kontrollieren, durchaus anfreunden. Aber wenn man hört, wie kontrolliert wird, stellen sich viele Fragen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Jetzt wird es spannend!)

Ich kann mir nicht vorstellen, dass es gewollt sein kann, dass Zollbeamte in kugelsicheren Westen bei einem Gastronomen einfallen und den Mindestlohn kontrollieren.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Wenn Sie alle, die Sie jetzt so laut schreien,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

sich nur einmal mit den Leuten, die kontrolliert worden sind, unterhalten würden, dann wüssten Sie, wie das abläuft, und würden ein solches Vorgehen ablehnen. Stattdessen würden Sie Frau Nahles bitten, für eine andere Umsetzung zu sorgen.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Dass Sie die Beamten des Zolls beschimpfen, ist wirklich unfassbar!)

In jedem Bereich gibt es sicherlich auch schwarze Schafe. Dort muss nachgeschaut werden.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Es ist jedoch ein Unterschied, ob jeder, der einen Minijobber beschäftigt, einem bestimmten Verdacht ausgesetzt wird, oder ob eine normale, vernünftige Kontrolle durchgeführt wird.

(Volkmar Halbleib (SPD): Beispiele!)

So, wie die Kontrollen derzeit ablaufen, sind sie geschäftsschädigend und diffamierend. Dieses Vorgehen zeugt von einem Unternehmerbild, das jedenfalls wir von der CSU nicht teilen.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Nur ein Beispiel!)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Halbleib, bitte!

Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Sie können sich gern mit vielen Gastronomen unterhalten, die das erlebt haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Nur ein Beispiel!)

Ich werde am Mikrofon aus Datenschutzgründen ganz sicher kein einziges Unternehmen nennen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Also kein Beispiel? – Danke schön!)

Ich teile Ihnen das gern persönlich mit, damit Sie mit den Leuten reden können. Ich habe – wie die meisten Abgeordneten dieses Hauses, vor allem die Mitglieder der CSU-Fraktion – das Glück, täglich mit Betrieben in Kontakt zu stehen. Von dort bekomme ich leider diese Rückmeldungen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD: Wir stehen auch in Kontakt mit Unternehmen!)

Die Umsetzung des Mindestlohngesetzes zeugt davon, dass der sozialdemokratische Teil der Berliner Koalition eine Kehrtwendung in Bezug auf die Rolle des Staates vollziehen möchte. Angestrebt wird offensichtlich ein Kontrollstaat. Wir wollen das nicht. Wir wollen, dass die Unternehmer in einem sicheren Rahmen arbeiten und ihren Betrieb organisieren können. Wir, die CSU, werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass dieses Bürokratiemonster abgebaut wird. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion darf ich Frau Kollegin Kohnen das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Schreyer-Stäblein, ehrlich gesagt war Ihre Rede ein reichliches Durcheinander, weil Sie alles gemischt haben.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Dass Sie es nicht verstehen, wundert mich nicht!)

Na ja, ich glaube, wir müssen zwischen Mindestlohngesetz und Arbeitszeitgesetz unterscheiden, und das Arbeitszeitgesetz, unter das auch sehr, sehr viel an Durchführung fällt, obliegt den Ländern, sprich: Bayern.

(Beifall bei der SPD – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Es geht aber um die Kontrolle des Mindestlohns, und das wissen Sie auch!)

Ja, dann kommen wir doch einmal zum Mindestlohn, liebe Frau Schreyer-Stäblein. Der Mindestlohn bringt etwas für 3,7 Millionen Menschen in Deutschland. Sie können endlich von ihrer Hände Arbeit leben, sie müssen nicht mehr für Dumpinglöhne arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

In Bayern sind das 550.000 Menschen, und rund 50.000 Menschen müssen endlich ihren Lebensunterhalt nicht mehr aufstocken;

(Zuruf der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU))

das ist der Punkt, auf den es beim Mindestlohn ankommt.

(Beifall bei der SPD – Unruhe – Zuruf der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU))

- Liebe Frau Schreyer-Stäblein, Sie haben gesagt, Sie wollen zuhören, wir sollen zuhören, also hören Sie jetzt einfach einmal zu. Die Einführung des Mindestlohns ist nicht der Untergang des Abendlandes, wie es immer wieder - -

(Zuruf von der CSU)

– Natürlich wird das immer wieder prognostiziert. Angeblich behindern wir die Gründer usw. Das ist doch völliger Blödsinn. Wenn Sie dann hier mit Siemens und Mindestlohn ankommen – also Frau Schreyer-Stäblein!

(Beifall bei der SPD)

Ehrlich gesagt, es wundert mich auch, weil Ihr oberster Chef immer der Oberpopulist ist. 86 % der Menschen in Deutschland sagen Ja zum Mindestlohn, sie schätzen diese Entwicklung. 80 % der Unionswähler – dann sind Sie doch einmal auf der richtigen Linie.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Ja, dann gehen Sie aber das nächste Mal – –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wenn Sie zur Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft gehen, und Herr Bertram Brosardt, der Geschäftsführer, beim Ausdruck Mindestlohn Schnappatmung bekommt,

(Markus Rinderspacher (SPD): Wie die CSU in den letzten zehn Jahren!)

dann sagen Sie ihm doch bitte - -

(Zurufe von der CSU)

Dann gehen Sie hin und sagen Ja zum Mindestlohn, weil er ein Erfolg für die Menschen ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen noch etwas, wenn Sie Nein zur Bürokratie sagen: Wer baut denn in Deutschland das größte Bürokratiemonster im Moment auf?

(Unruhe – Zuruf von der CSU: Frau Nahles!)

Das ist der CSU-Bundesverkehrsminister Dobrindt mit seiner Pkw-Maut.

(Beifall bei der SPD)

Ich wundere mich schon, Frau Schreyer-Stäblein, und es ist ein echtes Stirnrunzeln über diese angeblich Aktuelle Stunde: Nach über 120 Tagen Einführung des Mindestlohns hier in Bayern kommen Sie und führen sich auf wie die Opposition und torpedieren ein Gesetz, das Sie selbst mit erarbeitet haben.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Liebe Frau Müller, in dem Mindestlohngesetz steht auch alles über die Umsetzung, ebenso im Arbeitszeitgesetz, das Bayern obliegt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Frau Müller war doch dabei, immer und überall!)

Beim Mindestlohngesetz war Frau Müller aber dabei, und ich kann Ihnen sagen: null Wortmeldung aus Bayern im Herbst. Merkwürdig! Sie beschließen etwas. Sie erarbeiten etwas in Berlin, und null Komma null Meldung bei der Erarbeitung. Dann kommen Sie 120 Tage später und sagen: Oh, alles ganz schlimm. – Wo geht es dann da lang?

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen, wir würden den Unternehmen misstrauen. Im Gegenteil: Der Mindestlohn bezieht sich auf die Bezahlung pro Stunde und deswegen nicht nur auf die Lohnhöhe, sondern maßgeblich eben auch auf die Arbeitszeit. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass die nicht korrekte Erfassung der Arbeitszeiten eine gängige Praxis der Umgehung von Mindestlöhnen sein kann. Von der Aufzeichnungspflicht, Frau Schrey-

er-Stäblein, profitieren deshalb nicht nur die Beschäftigten, sondern auch die ehrlichen Unternehmen, die den Mindestlohn bezahlen.

Seien wir doch einmal ehrlich: Vielfach leisten Beschäftigte regelmäßig Überstunden, die nicht vergütet werden, und mit dieser Aufzeichnungspflicht schieben wir dem einen Riegel vor. Was muss denn aufgezeichnet werden, Frau Schreyer-Stäblein? Beginn, Ende und Dauer der täglichen Arbeitszeit. Die konkrete Dauer und Lage der jeweiligen Pausen ist hingegen nicht aufzeichnungspflichtig. Sie sagen, das kontrolliert niemand. Gewerbeaufsicht – schon einmal davon gehört? Bayerisch. Dass Sie hier Beamte von Bayern beschimpfen – den Zoll etc. –, finde ich unterirdisch.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Ich habe keinen Beamten beschimpft!)

Ich sage Ihnen noch etwas. Ein angebliches Bürokratiemonster – es gibt einen wunderbaren Brief der Handwerkskammer, und in dem Schreiben des Vizepräsidenten des Deutschen Handwerkskammertages Klaus Feuler an Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel heißt es, wer seine Beschäftigten ehrlich bezahlen und nicht bewusst um Lohn prellen wolle, müsse ohnehin die Arbeitszeit erfassen.

Ich kann Ihnen noch eine kleine Anekdote schildern. In den Ausschussempfehlungen im Bundesrat wurde gegen die Regelungen zur Dokumentation und Kontrolle der Arbeitszeiten kein Einspruch oder Verbesserungsbedarf gemeldet. Die Vorsitzende des beteiligten Wirtschaftsausschusses war wer? Frau Ilse Aigner; keine Einwendungen. Haben wir noch Fragen?

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo)

Ich sage Ihnen ehrlich: Bei einer Aktuellen Stunde 120 Tage nach der Einführung des Mindestlohns muss ich wirklich fragen: Aus welchem politischen Loch pfeifen Sie denn eigentlich?

(Beifall bei der SPD)

Gibt es in Bayern keine anderen Probleme?

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Ich fahre in den Wortmeldungen fort. Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht Herr Glauber. Bitte schön, Herr Kollege.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CSU macht heute das Mindestlohngesetz zum Thema der Aktuellen Stunde. Das ist, Frau Schreyer-Stäblein, eine Steilvorlage. Sie haben Ihre Rede mit der Firma Siemens und 8,50 Euro begonnen. Da würde ich als Firma Siemens die CSU und Sie ganz persönlich anschreiben; denn das ist Rufschädigung. Es ist Rufschädigung, die Firma Siemens mit 8,50 Euro zu verbinden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU))

– Damit zeigen Sie, wie viel Ahnung Sie von dem Thema haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER):
Bravo!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU und der SPD, gerade wurde die Schaffung eines Bürokratiemonsters angesprochen. Sie haben zwei Bürokratiemonster geschaffen. Der Bayerische Ministerpräsident fährt zu den Koalitionsverhandlungen und tauscht dort die Maut gegen den Mindestlohn. Die Verlierer sind die Bürger Bayerns, denn Sie haben es geschafft, dass wir in Zukunft eine Straßenbenutzungsgebühr, die Sie als CSU zu verantworten haben, für alle Bundesbürger erwarten können.

Im Gegenzug akzeptieren Sie einen Mindestlohn, und ich lese Ihnen vor, was Sie zu verantworten haben: Dokumentationspflichten für Minijobs: Wer hat sie zu verantwor-

ten? - Die CSU – Absenkung der Aufzeichnungspflicht bis 2.958 Euro. Wer hat sie zu verantworten? - Die CSU.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nachunternehmerhaftung: Wer hat sie zu verantworten? - Die CSU.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist schwarzer Sozialismus!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss Ihnen sagen, im Bereich des Amateursports, im Bereich des Ehrenamtes haben Sie mit dieser Regelung Bayern, dem Ehrenamt und allen Bürgerinnen und Bürgern einen Bärendienst erwiesen. Sie stellen sich hier hin und sagen in der Aktuellen Stunde, dass das Thema geregelt werden muss. Wer regiert denn in Berlin? Wer regiert denn in Bayern?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe der Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER) und Markus Rinderspacher (SPD))

Ich muss mich schon fragen: Im Wirtschaftsausschuss erzählt der Herr Kollege Schwartz, dass wir vollkommen recht haben, aber Sie als CSU schaffen es, jeden Antrag zur Änderung dieser Bürokratie beim Mindestlohn abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Mit welcher Glaubwürdigkeit reden Sie denn noch? – Ich frage mich immer, ob Sie Ihre Sonntagsreden schon vergessen haben, wenn Sie im Zug nach Hause sitzen. Ich frage mich immer, ob der Bayerische Ministerpräsident in Berlin ab und zu ein Bier mit Horst Seehofer trinkt. Es ist gar nicht mehr anders möglich; denn wissen der Ministerpräsident und der Horst Seehofer, was sie beide tun? - Ich frage mich das jeden Tag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage Ihnen: Sie werden mit dem Thema nicht vorankommen, und den Populismus, den Sie in diesem Hause heute mit dieser Aktuellen Stunde veranstalten, glaubt Ihnen

im Unternehmertum niemand mehr. Sie schädigen mit diesen Dokumentationspflichten das ehrliche Handwerk, den ehrlichen Unternehmer. Was ist denn ein Arbeitsvertrag noch wert? - Mit dieser Bürokratie, mit diesen ausufernden Dokumentationspflichten haben Sie als CSU dem Handwerk, dem Mittelstand, dem Unternehmertum einen Bärendienst erwiesen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Sozialministerin – sie sitzt heute in der Debatte hier – führt auf der Internetseite des Sozialministeriums am 9. April 2015 in einer großen Liste auf, was sie fordert: Streichung der Dokumentationspflichten für Minijobs, Reduzierung der sonstigen Dokumentationspflichten, Absenkung der Aufzeichnungspflicht bis 2.958 Euro, klare Abgrenzungsregelungen für Ehrenamtliche im Sport, Klarstellungsbedarf für viele weitere Punkte hinsichtlich des Mindestlohns von 8,50 Euro.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Das schreibt die Sozialministerin am 9. April auf ihrer Internetseite. Aber im Jahr davor, und zwar am 26. und 27. November 2014, war es die Sozialministerin, die genau diesem bürokratischen Wahnsinn in Berlin zugestimmt hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das war nicht das erste Mal!)

In der Arbeits- und Sozialministerkonferenz hat man dieser Regelung zugestimmt, und auf der Internetseite hat man sich darüber beschwert, dass es ausufernde Bürokratie- und Dokumentationspflichten gebe. Insofern muss ich mich schon fragen, wie sehr Sie die Menschen in Bayern noch veralbern wollen. Wollen Sie hierüber im Parlament Sonntagsreden halten und in Berlin anders entscheiden? – Das wird man Ihnen nicht mehr abkaufen. Deshalb fordere ich nochmals: Hören Sie mit den Sonntagsreden auf und stehen Sie zu dem, was Sie getan haben! Sie haben dem Handwerk und dem Mittelstand mit diesen Aufzeichnungspflichten einen schweren Schaden zugefügt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN:
Bravo!)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat Frau Kollegin Celina das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wie man mit einer Aktuellen Stunde ein solches Eigentor schießen kann!)

Kerstin Celina (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich heute das Thema der Aktuellen Stunde las, habe ich mich wirklich gewundert. Haben wir denn in Bayern keine anderen Probleme, als hier im Landtag schon wieder über das Thema zu diskutieren, mit dem Sie als an der Bundesregierung beteiligte Fraktion im Koalitionsausschuss vor wenigen Tagen krachend gescheitert sind?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dabei hat doch erst Ihr Vertreter im Wirtschaftsausschuss vor gerade einmal zwei Wochen, nämlich am 23.04.2015, gesagt - ich zitiere: "Im Landtag sollte nicht so getan werden, als ob hier Bundesgesetze gemacht werden könnten." Mit diesem Argument wurde der Antrag der FREIEN WÄHLER auf eine Anhörung zur Mindestlohn-Bürokratie zurückgewiesen.

Sie, liebe Kollegen von der CSU, haben in jenem Ausschuss gesagt, die Probleme beim Mindestlohn seien bekannt und zum Teil bereits gelöst. Heute wählen Sie als Thema der Aktuellen Stunde: "Ja zum Mindestlohn - Nein zu Bürokratie!". Was denn nun?

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Bekannt und zum Teil schon gelöst oder nicht? Ein Bundesgesetz, das in den Landtag gehört oder nicht? – Ich frage mich, was dieses Hin- und Herhüpfen eigentlich soll. Heute argumentiert man so und morgen wieder andersherum. Liebe Kollegen von der

CSU, das kommt mir vor wie der letzte verzweifelte Aufschrei nach dem Motto: Wir wollen ja etwas tun, aber die anderen lassen uns nicht mitspielen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD –
Markus Rinderspacher (SPD): Herrlich!)

Gehen wir doch einmal ein paar Schritte zurück. Es gibt eine Regierungskoalition im Bundestag, die lange diskutiert und beim Programm Kompromisse geschlossen hat. Dazu gehört die Vereinbarung, ein Mindestlohngesetz zu erstellen. Dann wird dieses Gesetz entworfen, diskutiert und verabschiedet. Kaum ist dieses Gesetz verabschiedet, fordern CDU und CSU Sofortkorrekturen. Dem Gesetz wurden nicht einmal 100 Tage gegönnt, um sich zu bewähren. Von einer ernsthaften Evaluation und einem anschließenden Nachdenken über eine Verbesserung kann also nicht die Rede sein. Das Mindestlohngesetz war gerade erst in Kraft getreten, dann kündigte Kanzlerin Merkel auf ihrer Neujahrsempfangsrede in Greifswald an, den Mindestlohn schon nach drei Monaten überprüfen zu wollen, um gegebenenfalls Bürokratie abzubauen.

Sie, Frau Ministerin Müller, sprechen spätestens seit 05.03.2015 immer wieder von einem Bürokratiemonster. Manchmal glaube ich, in Bayern sind nicht der Bär oder der Wolf das Problem, sondern die Bürokratiemonster, die Monstertrassen usw.

(Beifall bei den GRÜNEN – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Wie dem auch sei, es wurde gemotzt, gemeckert und nachgetreten, obwohl die CSU dem Gesetz genau in dieser Form zugestimmt hat und obwohl schon bei der Verabschiedung des Gesetzes so viele Ausnahmeregelungen für die Gültigkeit des Mindestlohns in das Gesetz aufgenommen wurden, dass auch Vertreter der Wirtschaftsverbände das Gesetz nicht mehr grundsätzlich kritisieren.

Woher kommt dann der dauerhafte Aufschrei Ihrer Fraktion wegen des angeblichen Bürokratiemonsters? – Ich sage es Ihnen: Er kommt daher, dass es jetzt die Möglichkeit gibt, längst geltende Arbeitszeitregelungen durchzusetzen, damit schwarze Scha-

fe besser erwischt werden können. Arbeitgeber sind bereits längst verpflichtet, jede Überstunde ihrer Angestellten zu dokumentieren und die Aufzeichnungen zwei Jahre aufzuheben. Aber wie will man die Überstunden dokumentieren, wenn man die Arbeitszeit nicht aufschreibt? – Fragen Sie doch einmal die vielen ehrlichen Arbeitgeber in diesem Land, die bereits längst rechtmäßig dokumentieren, ob sie nicht froh darüber sind, dass es dadurch die schwarzen Schafe in der Branche schwerer haben, einen Betrug zu verschleiern.

Liebe Frau Schreyer-Stäblein, auch wir GRÜNE sprechen mit Arbeitgebern. Die Dokumentationspflichtgrenze bei 2.958 Euro für versicherungspflichtig Beschäftigte gilt nicht in allen Branchen, sondern nur in den Branchen, in denen in der Vergangenheit überwiegend Schwarzarbeit und Lohnbetrug festgestellt wurden, zum Beispiel im Baugewerbe, im Gaststätten, im Beherbergungsgewerbe und in der Fleischwirtschaft. Die Berichte über ausgebeutete Rumänen und Bulgaren in den Schlachthöfen, die vor wenigen Monaten in den Zeitungen standen, waren nicht erfunden, sondern haben sogar die EU-Kommission auf Trab gebracht.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Dass es außerhalb dieser Branchen Verstöße gegen Dokumentationspflichten geben könnte, zeigt auch der Fall der LMU in München, wo es an der Kleintierklinik zu Verstößen gekommen sein könnte. Darüber wird es demnächst im zuständigen Ausschuss des Landtags einen Bericht geben. Bei einer sauberen Dokumentation lassen sich diese Vorwürfe sehr schnell aufklären. Wenn nicht sauber dokumentiert wurde, ist das zumindest in den Branchen, in denen es die meisten Verstöße gibt, ein Grund, Dokumentationspflichten zu verlangen. Jeder Bäcker schreibt auf, wie viele Brötchen er verkauft. Da soll es in einem Unternehmen nicht möglich sein, die Arbeitszeiten aufzuschreiben? – Welches Bild haben Sie denn von den Unternehmern in diesem Land! Wir trauen das den Unternehmen zu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, letzter Satz: Lassen wir doch einmal die zuständige Kontrollbehörde für Schwarzarbeit zwei Jahre dokumentieren, wie viele Verstöße sie bei ihrer Arbeit in Bezug auf den Mindestlohn gefunden hat. Wenn sie keine Verstöße findet, rücke ich gerne von Dokumentationspflichten ab. Aber bis dahin werde ich die Dokumentationspflicht im Grundsatz im Landtag so lange verteidigen, wie Sie sie hier zum Thema machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion: Herr Kollege Unterländer. Bitte schön, Herr Kollege.

Joachim Unterländer (CSU): Liebe Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Aktuelle Stunde steht unter dem Motto: "Ja zum Mindestlohn - Nein zu Bürokratie!". Sie versuchen natürlich der CSU zu unterstellen – das ist Ihr gutes Recht -, sie sei ein Gegner des Mindestlohns.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie haben zehn Jahre den Mindestlohn verhindert!)

- Das möchte ich nachdrücklich zurückweisen; denn die CSU hat in vielen Gremien, beim Parteitag und über alle Strukturen hinweg zum Mindestlohn Ja gesagt, damit die Menschen von ihrer Arbeit leben können.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Zehn Jahre haben Sie den Mindestlohn verhindert!)

Wir wollen aber keine überbordende Bürokratie und keinen Kontrollstaat in der Form, wie er hier geschaffen worden ist. Deshalb sind Korrekturen notwendig.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Lächerlich, peinlich!)

Ich muss Ihnen auch sagen – ich denke, darin sind wir uns einig -: Es ist von zentraler Bedeutung, dass Menschen nach ordentlichen Tarifen bezahlt werden. Trotz des Be-

kenntnisses zum Mindestlohn ist es besser, gute und günstige Tarifverträge zu haben. Die Probleme, die zur Einführung des Mindestlohns geführt haben, sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse und die Umgehung regulärer Arbeitsverhältnisse. Tarifverträge sind gegenwärtig nur noch bei 32 % aller Arbeitsverhältnisse vorhanden. Das sollte uns allen zu denken geben. Das ist eine ausgesprochen negative Entwicklung.

Ziel muss es daher tatsächlich sein, den Mindestlohn auf den Weg zu bringen. Die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und die mögliche Einführung sogenannter Branchentarifverträge könnten weitere Möglichkeiten sein. Das sehen neben dem DGB viele Arbeitgeber aus dem mittelständischen Bereich genauso. Deswegen sollten wir – unabhängig von dieser Diskussion - diesen Weg weiter gehen, damit man sich wieder mehr auf Tarifverträge fokussiert, um als zentrales Prinzip eine ordentliche Bezahlung zu erreichen nach dem Motto: guter Lohn für gute Arbeit.

Dies ist Position der CSU. Dies ist auch Position vieler Arbeitgeber, gerade im Mittelstand. Meine Damen und Herren, gerade in den vergangenen zwei Jahren gab es durchaus einen gesellschaftlichen Konsens. Sie haben ja von den 86 % Zustimmung zum Mindestlohn in der Bevölkerung gesprochen. Der Mindestlohn muss aber auch praktikabel sein. Ein wesentlicher Punkt, der zu großer Unruhe geführt hat, ist die Situation im Ehrenamt, ist die Situation bei Sportvereinen und die Situation gerade auch in sozialen Einrichtungen.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sagen wir ja!)

Das klassische Ehrenamt unterliegt gemäß § 22 Absatz 3 des Mindestlohngesetzes zwar nicht der Mindestlohnpflicht. In der Praxis bestehen jedoch erhebliche Unsicherheiten, wie Personen, die eine gewisse Vergütung – dies ist eben Praxis – bzw. eine Aufwandsentschädigung erhalten, zu behandeln sind. Eine klare Abgrenzung zur Arbeitnehmereigenschaft ist erforderlich. Ich nenne die Amateursportler; ich nenne die Schulweghelfer; ich nenne Trainer, Platzwarte und Beschäftigte von Dorfläden. Es gibt weitere Tätigkeiten, die in diesen Bereich fallen. Die in der dazugehörigen Unterrich-

tung des Bundesarbeitsministeriums an den Deutschen Bundestag enthaltene sogenannte Klarstellung ist dazu nicht ausreichend, meine Damen und Herren. Deshalb ist es auch notwendig, im Mindestlohngesetz zu Grenzfragen der ehrenamtlichen Tätigkeit, gegebenenfalls mit einer entsprechenden Verordnungsermächtigung, die richtige Entscheidung zu treffen.

(Beifall bei der CSU)

Das Kardinalproblem ist aber geradezu, wie dieses System aufgezogen wird. Wir sollten gemeinsam ein Interesse daran haben, dass keine martialischen Kontrollen passieren. Wir haben auch heute Kontrollpflichten – das will ich gar nicht bestreiten; das ist auch so richtig. Eine regelrechte Kontrollideologie aber – Kollegin Schreyer-Stäblein hat es angesprochen – mit 1.600 zusätzlichen Stellen ist nicht der richtige Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Der richtige Weg wäre gewesen, dies statt bei der Schwarzarbeit bei der Kontrolle der Arbeitszeit anzusiedeln. Dies wäre logisch gewesen. Ich weiß: Da stehen wir auch mit in der Pflicht.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Es wäre besser gewesen, die Gewerbeaufsicht statt des Zolls einzusetzen.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben die Chance, die Probleme mit uns gemeinsam zu lösen, im Interesse der Beschäftigten und im Interesse der bayerischen Wirtschaft.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Roos das Wort. Bitte schön.

Bernhard Roos (SPD): Werte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Joachim Unterländer, es war regelrecht bedauernswert, wie du, der du eigentlich sehr sozial geprägt bist, bei deiner innerlichen Haltung widerstrebend versucht hast, den Leuten und dem Parlament die für heute anscheinend vorgeschriebene aktuelle Linie zu erläutern.

Ich will noch eine ganz konkrete Richtigstellung anbringen. Die angeblichen Probleme, die am Anfang hinsichtlich der Sportvereine überzeichnet wurden, wurden vom Verbandsvorsitzenden in Bayern, nämlich Herrn Lammer, CSU, und dem MdL der CSU Rüth als gelöst bezeichnet.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die sind noch nicht abschließend gelöst!)

– Die sind gelöst, Hubert; keine Zwischenrufe,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Doch!)

zumal dann, wenn sie nicht stimmen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Zwischenrufe sind erlaubt!)

– Keine Zwischenrufe, wenn sie nicht stimmen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, als bekennender und begeisterter Gewerkschafter kommt auch meine Geduld bei Streikmaßnahmen hin und wieder an ihre Grenzen. Ich musste heute Morgen sehen, dass mein Zug nicht fährt, und musste mit dem Auto hierherkommen. Entsprechend übermüdet und vielleicht auch ein wenig gereizt bin ich heute. Wenn ich dann höre, dass bosnische Bauarbeiter derzeit einen Sitzstreik machen, weil ihnen vier deutsche, vier bayerische Unternehmen seit Monaten den gerechten Lohn vorenthalten, stelle ich fest, dass es genau um dieses Thema geht. Wie will man das denn als Arbeitnehmer nachweisen? – Es ist doch nicht zu viel verlangt aufzuschreiben, wann wurde begonnen zu arbeiten, wann wurde aufgehört zu arbeiten, und wie viele Arbeitsstunden wurden insgesamt geleistet, ohne dass die einzelne Pause dokumentiert werden muss. Das ist nicht zu viel verlangt. Das ist in zehn Sekunden erledigt.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist die Dokumentationspflicht absolut notwendig. Das ist kein bürokratischer Horror.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Doch!)

Das ist Stand der Dinge.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist Papierverschwendung!)

– Papierverschwendung sind manche Anträge der FREIEN WÄHLER, Herr Kollege.

Ich darf Joachim Möller zitieren, den Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: Die ordnungspolitische Kernschmelze ist nicht eingetreten. - Dem ist so.

Das will ich auch noch auskleiden. Sehr geehrte Damen und Herren, Mindestlohn ohne Dokumentation funktioniert nicht. Meine Kollegin Katja Mast aus dem Bundestag hat dies trefflich formuliert, als sie sagte, einen Mindestlohn light wird es mit der Sozialdemokratie nicht geben. Punkt! Aus!

(Beifall bei der SPD)

Die Stoßrichtung der CSU und vieler Unternehmerverbände, die gegen den Mindestlohn waren, richtete sich bis zum 31. Dezember 2014 gegen den Mindestlohn und seit dem 1. Januar 2015 nicht mehr gegen den Mindestlohn, sondern gegen die überbordende Bürokratie. Demgemäß muss man schauen: Wo kommt das her? Die Dokumentationspflicht ist ein uraltes Verfahren und wurde im Arbeitszeitgesetz 1994 – damals übrigens unter Schwarz-Gelb – beschlossen. Seit über 20 Jahren werden die verschiedenen Dokumentationspflichten über die Aufzeichnungen für werktägliche Arbeitszeit über acht Stunden und auch für Arbeitsstunden, die an Sonn- und Feiertagen geleistet werden, und natürlich traditionell auch für Wintergeld und für Saisonkurzarbeitergeld erfüllt. Wenn das bis jetzt klaglos gemacht ist, frage ich mich wirklich: Wo ist

der Aufwand? – Auch unser Gespräch mit der DEHOGA hat ergeben, dass es weniger um den Mindestlohn geht – jeder sagt: Logisch, 8,50 Euro müssen ja sein; darunter finden wir gar keine Fachkräfte –, sondern mehr um das Arbeitszeitgesetz. Man hätte also gerne 12, 14, 18 Stunden ohne Limit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dann wird noch versucht, die notwendigen Stellen – diese sind im Übrigen im Aufwachsen begriffen; zum heutigen Zeitpunkt sind die 1.600 Stellen für Kontrollen noch nicht vorhanden – gegen die notwendigen Stellen beim BAMF auszuspielen, so wie Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, das getan haben. Es hieß, ich hätte gerne diese 1.600 zusätzlichen Stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, um schnellere Bearbeitungszeiten zu erreichen. Sie spielen das eine gegen das andere aus. Beides liegt in Ihrer Zuständigkeit. Tun Sie es einfach.

(Zuruf von der CSU: Beides! Da schau her!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die CSU sollte sich wie eine Regierungspartei verhalten.

(Zuruf von der CSU: Die SPD!)

– Wir haben den Mindestlohn durchgesetzt, und wir versuchen natürlich auch alles, um

(Beifall des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

die Bürokratie, die dazu notwendig ist – es gibt viel notwendige Bürokratie –, durchzusetzen. Die Rahmenbedingungen müssen passen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich darf Kollegen Matthias Jena zitieren: Horrorszenarien der Mindestlohngegner sind an der Realität zerschellt. Es gibt keine weggefallenen Arbeitsplätze, sondern mehr.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wenn man das aufschreibt! Schreiber braucht es!)

Es gibt keine Mühe, für gering Qualifizierte Arbeit zu finden, sondern mehr Arbeit.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, ich bin für die Kontrolle der Uhr verantwortlich.

Bernhard Roos (SPD): Danke, Frau Präsidentin.

(Zurufe von der CSU)

Darum eine letzte Bemerkung:

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Überstunden aufschreiben!)

– Das ist notwendige Bürokratie. Ich stehe dazu. Herzlichen Dank für die Bemerkung

– Es wird in Zukunft eben mehr Menschen geben,

(Unruhe)

die aufgrund einer fairen Bezahlung – Ruhe auf den billigen Plätzen! –

(Allgemeine Heiterkeit)

ihren Friseurbesuch zahlen können, ihr Taxi bezahlen können – ich war selber einmal Taxifahrer und immer dankbar für Trinkgeld und auch einen fairen Lohn.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, ich bitte Sie. Wir haben unsere Zeiten einzuhalten.

Bernhard Roos (SPD): Letzte Bemerkung: Mehr Kontrolle statt weniger!

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Nein, Herr Kollege. Ich habe Ihnen eine Minute und 50 Sekunden geschenkt. – Jetzt darf ich Herrn Kollegen Straub für die CSU-Fraktion das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich eingangs meiner Rede einmal ganz herzlich bei meiner Fraktion bedanken, dass sie den Mindestlohn heute zum Thema gemacht hat.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Indem sie ihm in Berlin zugestimmt hat!
Bravo!)

Auch 120 Tage nach der Einführung des Mindestlohns ist dieses Thema aktueller denn je.

(Beifall bei der CSU)

Ich stehe hier als aktiver Mittelständler. Betrachten Sie mich gar nicht als Mitglied der CSU-Fraktion,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Er distanziert sich schon!)

sondern betrachten Sie mich als Mittelständler, der zu diesem Thema spricht.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Sie haben gesagt, wir hätten in Bayern andere Probleme als dieses. Da gebe ich Ihnen vollkommen recht. Mir reicht ein Blick auf diese Seite. Hier sehe ich schon einige Probleme sitzen, die sich offensichtlich nicht mit diesem Thema beschäftigt haben.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte hier eines einmal ganz klar und deutlich sagen: 8,50 Euro haben für den bayerischen Mittelstand noch nie ein Problem dargestellt. Ich möchte Sie fragen: Wie sehen Sie eigentlich den Mittelstand in Bayern? Wie sieht Ihr Bild von kleinen und mit-

telständischen Betrieben aus? – Hören Sie doch bitte einmal einem Mittelständler zu, der schildert, welchen Eindruck er in den letzten Monaten bekommen hat: Ich komme mir kriminalisiert vor.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das müssen Sie Ihrer Landesministerin sagen! Sie war bei den Verhandlungen dabei! Wollen Sie das nicht erst einmal intern klären? – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die schwarz-rote Bundesregierung kriminalisiert ihn!)

Ich komme mir vor, als ob ich ein Porsche fahrender, Sonnenbrillen tragender Zigarrenraucher wäre, der in der Früh aufsteht und nur daran denkt, wie er seine Mitarbeiter am liebsten ausbeuten würde. Das ist kein zutreffendes Bild des bayerischen Mittelständlers. - Herr Aiwanger, hören Sie doch einmal zu!

Wie sieht unser Bild des bayerischen Mittelstandes aus? – Der Mittelständler ist nicht der Nadelstreifenanzug tragende Mensch. Er ist ein Mensch, der in einem Kleinbetrieb arbeitet. Er hat oft noch seine Arbeitskleidung an. Er arbeitet wesentlich länger als die normale wöchentliche Arbeitszeit. Vor allem achtet der Mittelständler auf eines, nämlich auf das Wohl seiner Mitarbeiter. In Bayern ist es oft so, dass zuerst der Mittelständler seine Hosen enger schnallt, bevor er bei seinen Arbeitnehmern Kürzungen vornimmt. Respektieren Sie das doch bitte.

(Beifall bei der CSU)

Auch Sie beginnen Ihre Rede bei jedem Besuch draußen mit dem Satz: Der Mittelstand ist das Rückgrat der bayerischen Bevölkerung. – Aber als was bezeichnen Sie uns? – Ich möchte einmal Ihre Generalsekretärin in Berlin zitieren. Sie sagt: Jemand, der mit dem SPD-Bürokratiemonster nicht zurechtkommt, ist entweder ein Gauner oder doof. – Das ist ein Zitat Ihrer Generalsekretärin.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe mir gedacht: Gut, Berlin ist weit weg. Einer Ihrer Landesvorstände ist jedoch Bürgermeister einer Stadt in meinem Landkreis. Er hat dieses Zitat wortwörtlich aufgegriffen und am gleichen Tag die Erhöhung der Gewerbesteuer verkündet.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Mit so jemandem macht ihr eine Regierung! Unglaublich!)

Wir sind also doof, und wir sind Gauner. Aber unser Geld wollt ihr schon haben.

(Beifall bei der CSU)

Was sind die konkreten Auswirkungen? – Zollkontrollen. Glauben Sie, dass die Menschen, die Sie vertreten, nämlich die Arbeitnehmer, es gut finden, dass Zollbeamte in die Betriebe gehen und die Arbeitnehmer befragen?

(Markus Rinderspacher (SPD): Könnten Sie das fraktionsintern klären? Zitieren Sie doch einmal die Wortmeldung Ihrer Ministerin Müller auf der Arbeitsministerkonferenz!)

- Ich rede einfach weiter. Herr Rinderspacher, hören Sie mir einfach zu. – Glauben Sie, dass die Wähler, die Sie vertreten, das gut finden? Gut, Sie haben in Bayern eh nicht so viele Wähler. Behalten Sie doch die paar, die Sie noch haben.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Das ist das Niveau, auf dem Sie diskutieren!)

Bußgelddrohungen bis zu 500.000 Euro: Ist das in Ihren Augen angemessen? – In meinen Augen ist das nicht angemessen. Mithaftung für Subunternehmer: Wie soll ich als Mittelständler Subunternehmer denn so genau kontrollieren? Sagen Sie mir das einmal!

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie haben es in Berlin beschlossen!)

Flexibilität der Minijobs: Was meinen Sie, wie wir reagieren werden? Die Zahl der Minijobs sinkt doch jetzt schon. Wie gehen Sie mit Praktika um?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bravo, er erkennt die Probleme!)

Wir sprechen über die Integration von Flüchtlingen. Glauben Sie, dass Praktika von drei Monaten dafür ausreichen? Wir werden wesentlich längere Praktika brauchen, um die Flüchtlinge zu integrieren. Sehen Sie sich einmal die bayerische Landwirtschaft an. Sie bezeichnen die bayerische Landwirtschaft immer als die Pflegerin der Kulturlandschaft. Wie sieht es mit den mitarbeitenden Söhnen in der Landwirtschaft aus?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Schweinerei! Schwarzer Sozialismus!)

- Ach, reden Sie doch nicht! – Wie wollen Sie die Wochenarbeitszeit bei der Ernte regeln? Geben Sie Antworten! Ich bin höchst dankbar, dass sich unsere Sozialministerin, unsere Wirtschaftsministerin und unser Ministerpräsident in Berlin dafür einsetzen, dass dies geändert wird.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Herr Kollege, jetzt wird es wirklich lächerlich!)

Lassen Sie mich Ihnen zum Schluss noch einen kleinen praktischen Hinweis geben: Sie haben gesagt, 86 % wollten einen Mindestlohn von 8,50 Euro. Sie wollen sogar noch wesentlich mehr. Das ist zum großen Teil auch berechtigt. Ich möchte Ihnen einen Vorschlag machen: Schicken Sie Ihre Arbeitsministerin Frau Nahles auf ein Praktikum. Das kann ruhig länger als drei Monate dauern. Sie soll sich in diese Problematik einarbeiten und dann beurteilen, ob ihre Arbeit 8,50 Euro wert war. Ich glaube, das Mindestlohngesetz ist keine 8,50 Euro wert.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Für die CSU-Fraktion hat sich Herr Kollege Dr. Schwartz gemeldet.

(Unruhe bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Jetzt kommt die Abrundung!)

Ich bitte das Hohe Haus, seine Aufmerksamkeit dem Kollegen zu widmen. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Harald Schwartz (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Aktualität dieses Themas beruht darauf, dass die Ergebnisse einer Koalitionsrunde eher ernüchternd waren.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das haben wir schon vorher gewusst! Deshalb darf man einen solchen Blödsinn gar nicht unterschreiben!)

- Herr Aiwanger, wenn es für jeden sinnentleerten Zwischenruf 8,50 Euro gäbe, wären Sie Millionär.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Die Dokumentationspflichten blieben im Koalitionsausschuss unangetastet. Kontrollen wurden nicht entschärft. Die Nachhaftung für Unternehmer wurde nicht auf ein Mindestmaß beschränkt. Die Ideologie schien hier vor gesunden Menschenverstand zu gehen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Mei, mei, mei, als wärt ihr bei der Vorbereitung nicht dabei gewesen!)

Wertschöpfung ist weniger wichtig als eine vermeintliche Verteilungsgerechtigkeit. – Das Bild, wonach die Unternehmer lediglich die Zuträger und die Zuarbeiter für die Verwaltung und die Bürokratie seien, geht von falschen Voraussetzungen aus.

(Markus Rinderspacher (SPD): Hat Ihre Ministerin bei den Verhandlungen nicht am Tisch gesessen? – Zitieren Sie doch einmal aus der Wortmeldung von Frau Müller bei der Arbeitsministerkonferenz!)

Der Unternehmer ist nicht nur dafür da, sich um Gleichstellungsbeauftragte, Behindertenbeauftragte, Brandschutzbeauftragte, Ersthelfer, Betriebsärzte, Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Sicherheitsbeauftragte, Datenschutzbeauftragte und weiß der Geier was noch zu kümmern. Er muss sich der Aufgabe widmen, für die er eigentlich Unternehmer geworden ist, nämlich der Wertschöpfung.

(Beifall bei der CSU)

Ich denke, bei den meisten von uns ist es unstrittig, dass beim Mindestlohn eine überbordende Bürokratie herrscht. Gestatten Sie mir ein Zitat: "Ein Gramm Unternehmergeist wiegt mehr als ein Kilogramm Bürokratie."

(Beifall bei der CSU)

Das Bild der Unternehmer, das Sie zur Schau tragen, wird sekundiert von Ihrem Bild der Arbeitnehmer, das ebenso seltsam ist, nämlich vom Bild des unmündigen Arbeitnehmers. Dieser Arbeitnehmer ist offensichtlich nicht selbst in der Lage, Aufzeichnungen zu führen, um seine Ansprüche geltend zu machen. Dieser Arbeitnehmer braucht ständige Korrekturen, Überwachung und Begleitung durch den Staat. Dieses Menschenbild, dieses Bild des Arbeitnehmers, haben wir nicht. Wir sind uns einig, dass jemand, der in Vollzeit arbeitet, von seinem Einkommen leben können soll. Die aktuelle Regelung zum Mindestlohn aber schützt Menschen, die diesen Schutz nicht brauchen. Sie produziert sinnlose, ja schädliche Bürokratie.

Frau Kohnen, Sie haben vorhin gesagt, dass die aktuelle Regelung 3,7 Millionen Menschen etwas bringt. Das Problem ist: Sie trifft 9,5 Millionen Menschen. Möglicherweise bringt sie 3,7 Millionen Menschen etwas – ich habe die Zahl nicht hinterfragt und übernehme sie von Ihnen -, aber sie trifft 9,5 Millionen Menschen. Die Dokumentationspflichten sollen bis zu einem Lohn von knapp 3.000 Euro brutto gelten. Diese Schranke ist ganz offensichtlich zu hoch. Wissen Sie, welchen Verdacht ich habe? – Ich habe den Verdacht, dass ganz viele von Ihnen das auch wissen, aber ihre Meinung hier nicht vertreten können, weil Sie sich bei der Frau Nahles nicht durchsetzen konnten.

(Beifall bei der CSU – Zurufe der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE) und des Abgeordneten Bernhard Roos (SPD))

- Dazu hören wir noch etwas. – Natürlich ist zu konzedieren, dass im Gesetzgebungsverfahren nicht alle Fragen richtig beantwortet wurden. So frei, das zu sagen, bin ich. Aber umso wichtiger ist es, dass man bei der Anwendung nachbessert. Genau das versuchen wir.

(Markus Rinderspacher (SPD): Jetzt hier im Landtag, nachdem im Deutschen Bundestag bei der CSU tote Hose war? - Lächerlich!)

Herr Glauber, Sie haben angemerkt, ich sei davon ausgegangen, dass man das auf Bundesebene schafft. So ist es; davon bin ich ausgegangen. Wenn man das auf Bundesebene nicht allein schafft, dann werden wir, die CSU, als Anwalt des Mittelstands hier den Finger in die Wunde legen und das weiterhin tun.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

Als ich Ihren Antrag gesehen habe, fühlte ich mich sehr an das eine oder andere erinnert, was man in der CSU bereits seit Wochen vertreten hat. Es reicht eben nicht, unsere Positionen wiederzukäuen, um dann Forderungen zu stellen, die wiederum nicht praktikabel sind. Was spricht denn dagegen, eine wöchentliche Aufzeichnung durch eine monatliche zu ersetzen? Was spricht denn dagegen, eine Aufzeichnungspflicht an dem wirklich Praktikablen zu orientieren?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Eure Maut spricht dagegen!)

Völlig absurd wird es bei der Nachunternehmerhaftung, die heute sogar von einer Exkulpationsmöglichkeit befreit ist. Die kannst du einem vernünftigen Mittelständler heute nicht mehr erklären. Warum soll denn ein Maschinenbauer, der ein Werkzeug bestellt, sicherstellen, dass sein Auftragnehmer den Mindestlohn zahlt? Und noch viel schlimmer: Warum soll er sicherstellen, dass beim Sub-Subunternehmer der Mindestlohn be-

zahlt wird, wenn sein Auftragnehmer wiederum selbst einen Werk- oder Dienstvertrag abschließt? – Das ist schlicht inpraktikabel und geht an der Wirklichkeit vorbei.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, staatliche Kontrollen, Dirigismus usw. bedeuten einen echten Systembruch. Eines wird uns damit sicher nicht gelingen: junge Menschen für das Unternehmertum zu begeistern. Dabei brauchen wir mehr junge Leute, die Unternehmen gründen. Andernfalls schaffen wir nur, dass am Ende alle Beamte werden; und dann enden wir wie Griechenland.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Müller um das Wort gebeten. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern steht ohne Wenn und Aber zum Mindestlohn von 8,50 Euro. Wir haben das nach den Verhandlungen über den Koalitionsvertrag so beschlossen. Wir stehen zum Koalitionsvertrag. Ich möchte aber auch sagen, dass die Ausführungsbestimmungen die hauptsächlichen Probleme verursachen.

(Beifall bei der CSU)

An deren Erarbeitung waren die Länder nicht beteiligt; das sage ich ganz deutlich. Frau Nahles weiß das auch. Sie weiß sehr genau, dass die Regelungen in der Praxis nicht vollziehbar sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schauen Sie sich doch die Situation an. Frau Nahles kennt die Probleme. Sie zieht es allerdings vor, zu kontrollieren anstatt zu vertrauen; sie zieht es vor, unsere Unternehmen unter Generalverdacht zu stellen, anstatt pragmatische Lösungen zu finden.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich möchte nur einige Beispiele nennen. Die Kollegen und Kolleginnen haben das vorhin auch schon getan. Mir ist wichtig zu betonen: Die Dokumentationspflichten bis zu einer Gehaltsobergrenze von 2.958 Euro pro Monat in den Branchen nach dem Schwarzarbeitergesetz sind ohne Augenmaß. Um diese Gehaltsobergrenze bei einem Stundenlohn von 8,50 Euro zu erreichen, müsste ein Arbeitnehmer 80 Stunden pro Woche arbeiten. Das ist fern jeglicher Realität.

(Beifall bei der CSU)

Es geht noch weiter. Betrachten wir die Generalunternehmerhaftung. Vergibt ein Arbeitgeber einen Auftrag an einen Subunternehmer oder einen Sub-Subunternehmer, dann haftet er dafür,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

dass dort ebenso der Mindestlohn bezahlt wird. Ich bin der Auffassung: Frau Nahles darf Unternehmer nicht als Aushilfskontrolleure des Staates missbrauchen.

So genau, wie Frau Nahles es zum Beispiel mit der Dokumentation nimmt, so ungenau bleibt sie in anderen Dingen. Ich erwähne nur das Ehrenamt und den Mindestlohn. Selbst die Gewerkschaft ist hier der Auffassung, dass man nachbessern muss. Der zitierte Herr Jena ist der Auffassung, dass man hier etwas klären muss. Wir sind auch dieser Ansicht. Viele Vereine sind nach wie vor verunsichert und fragen sich: Was ist ein Ehrenamtler? Müssen wir für ihn Mindestlohn bezahlen? Müssen wir für Hilfskräfte Mindestlohn bezahlen? – Hier kommt Frau Nahles ihrer Verantwortung nicht nach und bleibt die Antwort schuldig. Die Reihe der Beispiele könnte ich jetzt fortführen.

Die Staatsregierung hat sich frühzeitig mit den Vollzugsproblemen befasst. Wir haben von den Verbänden in einer Umfrage erfahren wollen, wie das Mindestlohngesetz umgesetzt wird und welche Probleme vor Ort auftreten. Fazit war: Die Unternehmen fühlen sich gegängelt; die Unternehmen fühlen sich behindert; die Unternehmen fühlen

sich überwacht. 70 % aller Problemanzeigen verdeutlichen uns, dass die Dokumentationspflichten übertrieben sind. Das geht so weit, dass mancher Kleinbetrieb oder Mittelständler ernsthaft an eine Betriebsaufgabe denkt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen den Erhalt der Arbeitsplätze. Wir dürfen unsere hochwertigen und sicheren Arbeitsplätze nicht wegdokumentieren. Die Bundesarbeitsministerin Nahles kennt die Probleme. Ich habe bereits im März die Schwierigkeiten und Nöte der bayerischen Unternehmen dargelegt und geschildert. Allerdings schließt sie eine Veränderung aus. Sie verschließt sich den Tatsachen, und sie verschließt sich im Hinblick auf eine Kompromissbereitschaft. Das ist der falsche Weg. Wir sollten staatliche Kontrollen auf ein Minimum begrenzen. Die Rechte der Arbeitnehmer schützen wir jedenfalls nicht, indem wir die Arbeitgeber mit überbordenden Kontrollen belasten.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was wir auf der Landesebene tun können, das tun wir. Das gilt auch im Hinblick auf das Arbeitszeitgesetz. Mit den Schaustellern und den Volksfestwirten haben wir einvernehmliche Lösungen vereinbart. Die Gewerbeaufsicht steht seit Jahren für eine maßvolle Umsetzung des Arbeitszeitgesetzes. Wir nutzen alle Spielräume,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

damit bei kleinen und mittleren Unternehmen vernünftig gearbeitet und fair bezahlt werden kann, ohne dass alle in Bürokratie ersticken. Doch die wichtigsten Probleme sind nur auf Bundesebene und im Bundesrecht zu lösen. Unsere Ziele sind bekannt: Wir wollen den bürokratischen Wildwuchs auf das notwendige Maß zurückstutzen. Unsere wichtigsten Korrekturforderungen bleiben bestehen. Sie werden nicht dadurch falsch, dass sie auf unserer Internetseite stehen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Besser als nichts; aber besser hätten ihr es nicht unterschrieben!)

Wir fordern nach wie vor keine Dokumentationspflichten bei den Minijobs. Die Gehaltsschwelle von 2.958 Euro, unterhalb deren dokumentiert wird, muss wesentlich gesenkt werden. Wir wollen keine Haftung von Auftraggebern für ihre Subunternehmer und Sub-Subunternehmer.

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Der entscheidende Punkt ist: Wir wollen keine Verknüpfung der Mindestlohndokumentationspflichten-Verordnung mit dem Arbeitszeitgesetz, damit Doppelkontrollen entfallen. Jetzt werden unsere Arbeitgeber durch den Zoll und die Gewerbeaufsicht zweimal kontrolliert.

(Zuruf von der SPD)

Ich sage: Das kann nicht funktionieren. Das bereitet Probleme. Deshalb brauchen wir da Änderungen. Wir brauchen die Verbesserung auch für Zeitungszusteller im Minijob. Das ist ein Unfug: Wenn jemand im ländlichen Raum wohnt, will er die Zeitung und die Broschüre. Wir können doch nicht differenzieren zwischen den Zeitungsausträgern und denen, die noch einen Werbeprospekt mit dabei haben.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist doch an der Union gescheitert! Sie wissen doch ganz genau, dass wir schon eine Lösung hatten!)

Ich finde, das ist Unfug. Deshalb muss man unbedingt eine Veränderung herbeiführen.

(Beifall bei der CSU)

Wir brauchen die Klarstellung beim Ehrenamt. Ich habe es vorhin gesagt: Das sehen selbst die SPD und die Gewerkschaft so. Da brauchen wir eine Nachbesserung. Wir brauchen zudem eine Nachbesserung im Hinblick auf die Anrechnung von Kost und

Logis auf den Mindestlohn. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei allen Punkten haben wir pragmatische Lösungen vorgelegt. Die Bundesarbeitsministerin muss jetzt nachsteuern. Schauen wir uns doch mal unsere Situation an: Es ist gerade einmal zehn Jahre her, als Deutschland der kranke Mann in Europa war.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Der werden wir wieder, wenn wir so weitermachen! Da brauchen wir keine zehn Jahre mehr!)

Mit Arbeitsmarktreformen haben wir uns an die Spitze hochgearbeitet. Wir müssen jetzt alles dafür tun, uns nicht wieder zurückzukatapultieren. Deshalb muss die Bundesarbeitsministerin im Mindestlohngesetz und den dazu gehörenden Verordnungen die notwendigen Änderungen auf den Weg bringen.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze erhalten. Wir wollen keine überbordende Bürokratie. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Kolleginnen und Kollegen, damit ist die Aktuelle Stunde beendet. Bevor ich in der Tagesordnung fortfahre, darf ich Herrn Staatsminister a. D. Siegfried Schneider, Präsident der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien, der auf der Ehrentribüne Platz genommen hat, sehr herzlich begrüßen.